Andreas Feldtkeller / Hans-Henning von Winning

Mehr Urbane Quartiere - Damit die Städte wieder ins Lot kommen

Abstract

Im März 2017 hat die Bundesregierung einen Ergänzungsvorschlag zur Bau NVO auf den parlamentarischen Weg gebracht, um das seit nunmehr über 25 Jahre geforderte „urbane Gebiet“ als dritte Siedlungsforme neben dem Wohn- und dem Gewerbegebiet städteplanerisch zu verankern. Allerdings sind auf dem Weg bis zur endgültigen Vorlage im Parlament und im Bundesrat die entscheidenden Eckpunkte des „urbanen Gebietes“ herausgefallen. Geblieben ist ein Fragment, das die letzten zwanzig Jahre Diskussion vom Deutschen Städtetag bis zu den wissenschafichen ExpertInnen weitgehend ignoriert.

Der Arbeitskreis „Kurze Wege“ (Wolf-Dietrich Bukow, Andreas Feldtkeller, Folkert Kiepe, Hans-Henning von Winning) kritisieren das in der folgenden Stellungnahme. Eine Nachbesserung der Novellierung der Bau NVO ist bei dieser Vorgeschichte kaum noch zu erwarten.

Working Paper 2017/01

Universität Siegen
FoKoS

Weidenauer Str. 167
57076 Siegen

www.uni-siegen.de/fokos

Mehr Urbane Quartiere - Damit die Städte wieder ins Lot kommen

Im März 2017 hat die Bundesregierung einen Ergänzungsvorschlag zur Bau NVO auf den parlamentarischen Weg gebracht, um das seit nunmehr über 25 Jahre geforderte „urbane Gebiet" als dritte Siedlungsforme neben dem Wohn- und dem Gewerbegebiet städteplanerisch zu verankern. Allerdings sind auf dem Weg bis zur endgültigen Vorlage im Parlament und im Bundesrat die entscheidenden Eckpunkte des „urbanen Gebietes" herausgefallen. Geblieben ist ein Fragment, das die letzten zwanzig Jahre Diskussion vom Deutschen Städtetag bis zu den wissenschafichen ExpertInnen weitgehend ignoriert.
Der Arbeitskreis „Kurze Wege" (Wolf-Dietrich Bukow, Andreas Feldtkeller, Folkert Kiepe, Hans-Henning von Winning) kritisieren das in der folgenden Stellungnahme. Eine Nachbesserung der Novellierung der Bau NVO ist bei dieser Vorgeschichte kaum noch zu erwarten.Der britische Ökonom Paul Seabright bezeichnet die sesshafte Gesellschaft als „Company of Strangers" (ein Zusammenschluss aus einander Fremden). Städte haben die Aufgabe zu bewältigen, wie man mit Fremden zusammenlebt und kooperiert (also mit Leuten, mit denen wir weder verwandt noch befreundet sind), ohne einander die Köpfe einzuschlagen. Dann können sie, wie seit Jahrtausenden, „urban" werden: produktiv, kreativ, weltoffen, und der Zukunft zugewandt.

Der britische Ökonom Paul Seabright bezeichnet die sesshafte Gesellschaft als „Company of Strangers" (ein Zusammenschluss aus einander Fremden). Städte haben die Aufgabe zu bewältigen, wie man mit Fremden zusammenlebt und kooperiert (also mit Leuten, mit denen wir weder verwandt noch befreundet sind), ohne einander die Köpfe einzuschlagen. Dann können sie, wie seit Jahrtausenden, „urban" werden: produktiv, kreativ, weltoffen, und der Zukunft zugewandt.
Warum versagt trotzdem bis heute die Stadtentwicklung bei einigen existenziellen politischen Kernfragen? Warum schaffen wir es nicht, den üppig vorhandenen Wohnraum angemessen zu verteilen? Warum lassen wir die öffentlichen Räume durch überzogene Autolawinen verkommen? Warum kapseln wir uns ängstlich ab, statt die Wachstumschancen integrativer und inklusiver Gesellschaften aktiv anzugehen?

Sicher gibt es Schieflagen bei der Sozial- und Flüchtlingspolitik, bei der Wohnungs- und Verkehrspolitik, und deren steuerlichen Randbedingungen. Vielleicht gibt es aber vor Allem eine ganz einfache Antwort: Weil wir seit Jahrzehnten einen Städtebau betreiben, der zu wenig danach fragt, wozu eigentlich Städte da sind.
Ein fundamentaler Irrtum der Planung nach dem zweiten Weltkrieg war die Vorstellung, man müsse Gebiete funktional quasi „sortenrein" voneinander trennen: „Reine" Wohngebiete, Gewerbe- oder Industriegebiete, Einkaufszentren und Universitätscampusse, Klinik- oder Museumsviertel, und „Sondergebiete" für alles was sich der Kategorisierung entzieht. Das vermiede Konflikte, schaffe Synergieeffekte, und garantiere bei erdgeschossiger Ausführung mit viel Platz (und Park-

platz!) außerdem Freiheit und Wirtschaftlichkeit. Diese simple Ordnungsvorstellung der Aufteilung der Begriffe wurde zur Aufteilung der Stadtgebiete, und ging so in die Gesetzgebung ein. Statt Wohnungen werden nun fälschlich Wohngebiete gefordert, usw..

Jetzt, zwei Generationen später, sieht man die gesellschaftlichen und individuellen Nachteile dieses Rezepts: endlose Staus, Fahrzeiten und Entfernungen bei sinkender Mobilität; höchste ökonomische und ökologische Schäden; verödende ungeliebte Landschaften und Siedlungen, und auseinanderdriftender gesellschaftlicher Zusammenhalt. Höchste Zeit, dass nun die Bundesregierung im Planungsrecht ein neues „Urbanes Gebiet“ möglich macht und propagiert, als technische und politische Handreichung für die Gestaltung von Stadtteilen und Quartieren, für Bürger, Planer und Kommunalpolitiker.

Leider blieb in der ergänzten Baunutzungsverordnung vielfach Eindeutigkeit und Zielsetzung auf der Strecke. Wenn man der funktionalen Mischung die Attribute „kleinteilig“ und „geschossweise“ verweigert, dann besteht die Gefahr der Pseudo-Mischung. Die durch höchste Rechtsprechung untermauerte Gleichrangigkeit von Wohnen und Gewerbe im Mischgebiet soll auch nicht mehr gelten, es heißt jetzt: „die Nutzungsmischung muss nicht gleichgewichtig sein“. Eine Büroscheibe gegenüber der Schlafstadt macht aber noch keine Urbanität. Und Billigwohnbau mit verringerten Standards im (ehemaligen) Gewerbegebiet, in der Shopping-Stadtmitte, oder am höchst sensiblen sogenannten „Rand“ wären schlicht Missbrauch der neuen Gebietskategorie; und einige Einwendungen im Verfahren lassen es geboten erscheinen, genau vor diesem Missbrauch dringend zu warnen.

„Urbane Gebiete“ lassen aber auch endlich zu, was viele Jahrzehnte nur als Ausnahme realisierbar war; richtig verstandene „Nachurbanisierung“, mit folgenden Eigenschaften:

- Quartiersgrößen, die den Fußgängermaßstab und den Weg zur Bus- oder Tram-Haltestelle reflektieren, also 0,5 – 1,0 km;
- Dichten, wie wir sie aus Altstädten und Jahrhundertwendequartieren kennen, mit hoch qualifizierten privaten und öffentlichen Freiflächen;
- Mindestens 25%, höchstens 75% Wohnfläche im Maßstab von Haus, Straße und Quartier (erstes Gebot zur funktionalen Mischung);
- Mindestens 25%, höchstens 75% Flächen für Erwerbsarbeit und sonstige Nutzungen im Maßstab von Haus, Straße und Quartier (zweites Gebot zur funktionalen Mischung);
- Mindestens 1%, höchstens 10% geförderte Wohnflächen für sozial schwache im Maßstab von Haus, Straße und Quartier (Gebot zur sozialen Mischung);

- Verträgliche Gestaltung von verkehrsberuhigten Haupt- und Nebenstraßen als öffentliche Räume, sowie Bewirtschaftung und Begrenzung des Kfz-Verkehrs;

Nur in dieser „Stadt der kurzen Wege“ sind hohe Erreichbarkeiten zu Fuß und mit dem Rad möglich; nur dort hat ein leistungsfähiger Öffentlicher Verkehr rund um die Uhr genügend Fahrgäste. Nur dort sind wohnungsnahe Arbeitsplätze, und auch zentrale Einrichtungen politisch und sozial eingebunden. Nur dort bildet sich lebendig und alltagstauglich die offene urbane Gesellschaft, für bürgerschaftliche Integration und Inklusion aller sozialen Gruppen,
Aktivitäten, und Einrichtungen in die Politik der Polis, ohne Ausgrenzung oder Ghettobildung. Das sind die Quartiere, die am intensivsten nachgefragt werden, von denen durch Nachurbanisierung endlich mehr angeboten werden könnten, und die dadurch endlich nicht mehr so prohibitiv und unsozial knapp und teuer wären.

Die größten Potentiale zur Nachurbanisierung liegen nicht in den bisherigen Innenstädten: Geeignet sind vor Allem bislang disperse Gebiete mit Flächenreserven und hohem ÖV-Potential: Die Stadt muss sorgfältig prüfen und entscheiden, welches bisherige Gewerbegebiet, welcher Uni-Campus, welche Siedlungskolonie sich am besten eignet: für komplementäre Wohnungen, einen ergänzenden Konzertsaal, oder nicht störende Büros. Es ist keineswegs sicher, wie hoch bei realistischer Bewertung von Umzugshäufigkeit, Ersatzbaubedarf, und Zahlungsbereitschaft ein Netto-Neubaubedarf lobbybereinigt tatsächlich sein wird (und ohne bessere soziale Verteilung wird die größte Neubauhysterie kein Problem lösen). Aber: Nachurbanisierung ist eine städtische Daueraufgabe: schnell werden sich ausreichend Potentiale für Neu- und Ersatz-Baubedarf finden lassen; disperser Neubedarf wird sich ganz allein in vorhandenen dispersen Siedlungsgebieten befriedigen; und der Flächenmissbrauch im Außenbereich könnte endlich aufhören.

Der Bund lässt (leider) den Städten weiter die Möglichkeit des Missbrauchs ihrer Planungshoheit. Aber er liefert ihnen auch keine Entschuldigung mehr für einen Städtebau, der wider besseres Wissen, und gegen dreitausend Jahre europäischer Stadtbautradition, Mobilität und Inklusion nicht angemessen befördern würde. Das „Urbane Gebiet“ – dicht, gemischt, öffentlich - muss der Normalfall der Stadtentwicklung werden.

(Verfasser: AF/HvW 5.3.17)